



## Newsletter von Dr. Diether Dehm, MdB

Mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

**Ein demokratisches Europa nur mit Demokratisierung der Ökonomie -  
gegen die Monopole**

30. Januar 2019

In diesem Newsletter:

- Bisher unbeachtete Zusammenhänge zwischen Brexit und AfD
- Nachtrag zur Israel-Palästina-Reise
- Der Jahreswechsel, Jahresauftakt der Linken, Luxemburg-Liebkecht-Gedenken und Parteileben
- Kleine Einmischung zu Geschichte und Politik
- Mumia Abu-Jamal
- Solidarität mit Leyla Güven

\*\*\*

### **Brexit: Als Tony Blair den Sozialstaat der Londoner Börse unterwarf ...**

**Meine Rede in der Bundestagsdebatte vom 17. Januar zum Brexit**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Tony Blair den Sozialstaat der Londoner Börse unterwarf, als die Tories Hunderttausende von Industriearbeitsplätzen in Billiglohnländer verschoben, trieben sie der UKIP die Hasen in die Küche. Als Cameron die Null-Stunden-Arbeitsverträge ohne jede Einkommenssicherheit einführte, zimmerte er damit die Mehrheit für den Brexit. Zwischen 2010 und 2013 waren die Löhne der Briten um 5,5 Prozent gesunken, so stark wie nach Portugal und Griechenland nirgends sonst in der EU. Wo immer in der Welt an Sozialem und an Gesundheit gekürzt wird, sinkt die Lebenserwartung. Die Todesrate in Großbritannien stieg um 5 Prozent, in absoluter Zahl um 120 000 Menschen, laut Oxford-Studie mit einem erheblichen Anstieg der Zahl der Selbstmorde.

Im Winter 2018 stauten sich vor den Notaufnahmen die Krankenkraftwagen. In den Kliniken selbst starben Patienten auf den Gängen. 55 000 Operationen wurden abgesagt. Die Hölle! Und das,

obwohl in London, einem Paradies für Finanzhaie, Tag für Tag Milliarden gehandelt werden!  
Aber die Großspekulanten bleiben unversteuert. Das stinkt zum Himmel.

(Beifall bei der LINKEN)

Grassierende EU-Feindlichkeit wird auch durch Angstreten geschürt. So liegt - trotz der steigenden Altersarmut bei uns - in Großbritannien die maximale staatliche Rente noch um 65 Prozent unter der deutschen. Gleichzeitig wurde London zum Mekka für Börsenschmarotzer und Immobilienspekulanten, etwa für griechische Steuerflüchtlinge, deren Steuermilliarden jetzt in ihrer Heimat fehlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Von der Million polnischer Arbeitskräfte wurden die meisten angeworben, um Schufftereien zu Drecksöhnen zu leisten, die viele Briten zu Recht für unzumutbar hielten. Auf dem Rücken dieser Polen haben sich nicht nur britische Finanzhaie bereichert. Deren Supergewinne und die Stimmengewinne rechter Demagogieparteien, wie UKIP, sind zwei Seiten einer Medaille. Die strammen deutschen Kameraden von UKIP sitzen hier rechts vom Pult.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Alexander Gauland (AfD): Sie Scherzvogel!)

Herr Hebner, Sie sprachen eben gegen Fremdbestimmung. Ich will Ihnen einmal sagen, was Fremdbestimmung ist: Als enthüllt wurde, wie britische Superreiche, inklusive Staatschef Cameron, mit Briefkastenfirmen in Panama die Briten um Steuermilliarden beraubt hatten, stand am 13. Dezember 2017 Ihr Abgeordneter Holm hier am Mikrofon mit einem Loblied der AfD auf die Panama Papers als Modell für superreiche Steuerhinterzieher. - Eine schöne Alternative für Deutschland sind Sie, eine, die gegen deutschen Unterrichtsausfall und gegen das Vordringen von deutschen multiresistenten Keimen in deutschen Krankenhäusern mit jährlich 40 000 deutschen Toten den Steuerbetrug via Panama Papers empfiehlt.

(Martin Hebner (AfD): Unsinn! Hören Sie doch auf!)

Gehen Sie nach Panama zu Ihren Steuerhinterziehern, gehen Sie zu Ihrem rechten Kumpanen Bolsonaro nach Brasilien! Eine Alternative für Deutschland sind Sie nicht!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn jetzt auf dem AfD-Parteitag für einen deutschen Brexit geworben wurde, kann man Ihren Wählern nur raten: Schaut nach England; nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Geschäftsmodell von UKIP, Lega Nord, AfD und den Großaktionären hinter diesen Rechtsparteien - Herrn Finck zum Beispiel -

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

heißt: Erst die Menschen durch Verarmung zornig machen. und dann den Zorn auf die

Allerärmsten umlenken. Und "Bild" und die britischen Hetzer von der Zeitung "The Sun" hetzen dabei kräftig an ihrer Seite mit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer aber Migration sozial und human neu regeln möchte, darf die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht zu einem transnationalen Ausplünderungsmodell machen, sondern muss die Angstursachen durch höhere Löhne und Renten bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Entgegen Frau Baerbock und deren Original, Herrn Lambsdorff, und dem Antrag der FDP warnen wir, wie übrigens auch Peter Gauweiler von der CSU, jetzt vor einer Strafexpedition mit knallhartem Brexit, um andere Völker abzuschrecken und auf EU-Linie zu zwingen. Deutsche Konzernherrnmanier fährt diese undemokratische, kapitalliberale EU noch restlos gegen die Wand. Neu verhandeln heißt die Devise, auch die EU-Verträge, damit Sozialstaatlichkeit dort endlich so festgeschrieben wird wie in den antifaschistischen Nationalverfassungen in Europa.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei Abgeordneten der AfD)

- Ja, diese Verfassungen sind einmal erkämpft worden! Da steht eine Sozialstaatsbindung des Eigentums drin, im Unterschied zum Lissabon-Vertrag.

Nicht DIE Briten, sondern die Eliten haben die EU in die Krise gestürzt. Die Rechten können weder europäische Integration noch Großbritannien regieren - oder anderswo.

(Beifall bei der LINKEN)

Die May mag weitermerkeln, sie hat es versiebt, und May sollte gehen. Labour liegt endlich in den Umfragen deutlich vor den Tories. Jeremy Corbyn könnte es besser. Herr Außenminister, bei Ihrem Faible für schwarzen britischen Humor: Wir können es auch einmal mit einer roten Regierung versuchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier noch ein [Ton-Interview](#) zum Thema.

**Mein Beitrag in Ossietzky, Heft 2, 26. Januar 2019:**

## **Europäische Nationalverfassungen contra EU-Nationalismus**

Meine vergleichende Untersuchung wichtiger Nationalverfassungen in der EU (mithilfe des "Wissenschaftlichen Diensts" im Bundestag, Az: WD 300 077/16) ergab: überall, wo der Faschismus geschlagen war, wurden ähnliche "rote Verfassungskeime" (Abendroth) erkämpft. In Italien, wo Alliierte mit antifaschistischen Partisanen die Wehrmacht vertrieben hatten, wurde 1947 am konsequentesten die Erkenntnis in Verfassung zugespitzt, von welcher Übermacht aus Mussolinis Faschismus hochfinanziert worden war. Seither "kann das Gesetz bestimmte Unternehmen... die lebenswichtige öffentliche Dienste ... Energiequellen betreffen oder die eine monopolistische Stellung innehaben ... von Anfang an dem Staate, öffentlichen Körperschaften

oder Arbeiter- und Verbrauchergemeinschaften vorbehalten oder auf diese übertragen." (Artikel 43)

Wirtschaftsdemokratisch, wenn auch divers, klingt das überall, wo nationale Arbeiterbewegungen vom Faschismus stranguliert worden waren. Im deutschen Grundgesetz als: 1. Angriffskriegsverbot; 2. demokratische Gewaltenteilung (die das EU-Recht kaum kennt); 3. Macht-Begrenzung des Finanzkapitals (dessen terroristischer Flügel, laut Dimitrow, im Faschismus an der Macht war) durch Artikel 14+15 GG: "Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz... in Gemeineigentum ... überführt werden" (also Großbanken zu Sparkassen, Wohnungswirtschaft öffentlich rechtlich werden u.ä.).

Am 20.7.1954 präzisierte das Bundesverfassungsgericht "die soziale Marktwirtschaft" -auch für Antiimperialisten reklamierbar (! damals bereits gegen die FDP): *"Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche"*. Bis heute gilt dies und bleibt, wenn auch verschüttet, dem werktätigen Alltagsbewusstsein "untergemischt"; auch als Verteidigung von Nationalstaatlichkeit und Aversion gegen diese EU. Deren Lissabonvertrag einzig den "unverfälschten Wettbewerb" als kapitalliberale Wirtschaftsordnung will; wegen Einstimmigkeitsvorsatz in der EU irreversibel. Weshalb der DGB fordert, wenigstens eine "Sozialcharta" zwischen einzelnen EU-Nationen zu beschließen.

Wo scheinprogressive Sprech- und Schreibagenten heute Nationalstaatsgrenzen zerstören wollen, opfern sie unweigerlich und meist wissentlich, was Willy Brandt, Wolfgang Abendroth und Kurt Bachmann unterschiedlich als "linke Lesbarkeit des Grundgesetzes" herausgearbeitet hatten - aber damit auch linke Alltags-Denkpotenziale. Engels formuliert dies als: "Ironie der Weltgeschichte... Die Ordnungsparteien... rufen verzweifelt `diese Gesetzlichkeit bringt uns um´ ... während wir ... pralle Muskeln... bekommen... wenn wir nicht so wahnsinnig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts anderes, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen." (MEW, Band 22, S. 525) Und genau dies tut die EU! Z.B. gegen Streik- und Tarifrecht.

Die liberaldemagogische Verwechslung von "Pro-Europa" mit dem EU-Imperialismus zielt vordergründig gegen die antifaschistisch erstrittenen Sozialstaaten in den Nationalverfassungen. Weil: "Der Kapitalismus kolonialisiert die letzte Pore der Lebenswelt." (C. Rendueles, Suhrkamp 2690, Vorwort). In Wahrheit aber sollen damit die "sozialstaatlichen Stützpunkte" im Alltagsdenken ausgelöscht werden. Damit antimonopolistische Aufklärung dort keine nationale Anknüpfung mehr findet: "Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden." (Komm. Manifest, S. 473). Stimmt! Nur in seiner jeweils „nationalen Form“ war proletarischer Kampf in seiner internationalen Geschichte jemals erfolgreich, auch gegen reaktionären Nationalpopulismus.

Besonders antifaschistisch wurde die portugiesische Nationalverfassung mit der

"Nelkenrevolution" 1974. Das portugiesische Staatsgericht stützte 2016 auf sie und die Massenproteste seine erfolgreiche Zurückweisung der EU-Kürzungsdiktate, etwa bei Lehrer- und Richtergehältern. ("...Unterordnung der wirtschaftlichen Macht unter die demokratische Staatsgewalt" (Art. 81)).

Während der Ersetzungsphase Rajoy's durch die sozialistische Minderheitsregierung war in Spanien wieder vermehrt die Rede vom "Verfassungspatriotismus": "Die öffentliche Gewalt fördert ... die für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und für eine gerechtere Verteilung des regionalen und persönlichen Einkommens günstigen Bedingungen. Ganz besonders betreibt sie eine auf die Vollbeschäftigung ausgerichtete Politik." (Art 40 Abs 1).

Die französisch-gaullistische Verfassung konkretisiert (für "Jedermann", nicht nur für Franzosen): "...Rechte und Interessen durch gewerkschaftliche Tätigkeit zu verteidigen... Jedes Vermögen, jedes Unternehmen, dessen Bereich die Eigenschaft einer nationalen öffentlichen Dienstleistung oder eines tatsächlichen Monopols hat oder erlangt, muss Eigentum der Gemeinschaft werden." Um 1981 Volksfront-Präsident zu werden, brachten Mitterand, Sozialisten und Kommunisten diese Passage in Aller Munde. Kürzlich wurde es von "Gelbwesten" wieder hochgehalten.

Auch das mit drakonischen Freiheitsstrafen bewehrte "Angriffskriegsverbot" (GG Art.26), wurde eine Verfassungs-"Idee, die die Massen ergreift"; es wurde sogar zum Wahlplakat. Als nämlich Willy Brandt und die SPD als Friedenspartei 1972 unter der genialen Wahlkampfführung von Albrecht Müller mit 45,8% das beste Ergebnis ever einfuhr. Aber: diese Eingrenzung auf reine Verteidigung (Art. 87a Abs 2), sowie der Parlamentsvorbehalt (Art.24) gegen jeglichen Militäreinsatz müssten einem noch freieren EU-Imperialismus geopfert werden, würde hier nationales Recht in EU-Standards übergehen.

In den EU-Wahlkampf mit ausgeleiertem Phrasenfrohsinn ("solidarisch, menschlich...") zu ziehen, ginge an den realexistierenden Vorbehalten gegen die EU innerhalb der Werktätigen aller europäischen Nationen vorbei. Es dürfte zwar kurz innerparteiliche Konflikte erlahmen. Aber auch Wählerschaft! (Haug 1967: "Hilfloser Antifaschismus"). Wo die Linke die oben aufgeführten, nur nationalstaatlich absicherbaren Vergewisserungen vernachlässigt, tritt sie auch das damit verbundene Alltagsdenken kampflos ab: an kapitalliberale Mediendemagogen. Somit auch an AfD.

\*\*\*

## **Delegation der Linksfraktion in Israel und Palästina**

17.12.2018

Vom 1.-7. Dezember besuchte eine Delegation der Linksfraktion im Bundestag Israel und Palästina. Sie kamen durchaus mit den pluralen Sichtweisen dorthin, die die demokratische Linke in Deutschland ausmachen. Die neun Abgeordneten - Christine Buchholz, Birke Bull-Bischoff, Diether Dehm, Heike Hänsel, Achim Kessler, Niema Movassat, Zaklin Nastic, Tobias Pflüger, Jessica Tatti - trafen, unter anderen, Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft sowohl in Israel, als auch in den besetzten palästinensischen Gebieten. Darunter waren auch die

israelischen Organisationen "Breaking the Silence" und "B'Tselem", die (laut taz) aus bundesdeutschen und israelischen Regierungskreisen mit Antisemitismus in Verbindung gebracht wurden und denen vorgeworfen wurde, anti-israelisch zu handeln. Diese Anschuldigungen weisen wir zurück. Die Organisationen beschäftigen sich mit der Menschenrechtssituation in Israel und Palästina. Sie kritisieren vor allem auch die negativen Auswirkungen der israelischen Besatzungspolitik, dies immer auf der Basis des Völkerrechts. Kritik an der (eigenen) Regierung ist die ureigene Rolle von Zivilgesellschaft und ein Grundpfeiler jeder funktionierenden Demokratie.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Angriffe auf die israelische Zivilgesellschaft und das Einschränken von Demokratischen Räumen zu kritisieren und die Verleumdung von Kritikerinnen und Kritikern der Regierung Netanjahu zurückzuweisen.

Wir haben mit unterschiedlichen Wissenschaftler\*Innen, Kulturschaffenden, Gewerkschafter\*Innen, Menschenrechtsaktivist\*Innen u.a. gesprochen, die uns tief beeindruckt haben. Aber besonders die Begegnung mit Familienangehörigen von Getöteten beider Seiten hat deren Herzenswunsch auch zu unserem gemacht: Trotz Siedlungsbau, trotz Terror und trotz diskriminierender Gesetze der jüngsten Vergangenheit: es ist noch nicht zu spät für Frieden und Aussöhnung!

*(diese Erklärung ist einvernehmlich zwischen allen neun Delegations-Teilnehmern abgestimmt)*

\*\*\*

## **Meine Wünsche an die Genossinnen und Genossen zum Jahresende**

21.12.2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum Jahresende und vor den von unseren religiösen Genossinnen besonders begangenen Feiertagen wünsche ich Euch Wärme und Geborgenheit, also Zeit zum Luftholen und Nachdenken, um in dieser trendwendenden Zeit solidarisch und radikal die uns umgebenden Machtverhältnisse in 2019 neu angehen zu können.

Unsere "strömungsübergreifende Delegationsreise" bis zur letzten Woche hat uns (ebenfalls strömungsübergreifend) zuweilen – besonders in Hebron - fassungslos gemacht. Noch kostet die israelische Regierung ihre Staatsmacht aus. Aber sie schürt einen Zorn, der einst schlimm enden kann, wenn nicht in die Eskalationsspirale des terroraufladenden Hasses eingegriffen wird.

So will ich, nun erst recht, bei den rechtlosen Schwächeren, bei den Kindern stehen, die da in gewollter Perspektivlosigkeit auf den ihnen erlaubten, toten Straßen mit auch jenen Steinen spielen, die aus Siedlerwachtürmen auf sie geworfen wurden und werden. Derart werde ich am "Heiligen" Abend an Palästina denken!

Lasst uns – aufstehend oder ungeteilt widersetzend - auch im neuen Jahr den herrschenden

Lügen mit neuer Kraft entgegentreten!

Mit sozialistischen weil herzlichen Grüßen

Diether

### **In diesem Sinne auch #Aufstehen**

Leider gibt es viele Menschen, die an Weihnachten einsam und erschöpft sind. Wir werden uns auch in 2019 nicht damit abfinden, dass jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut aufwächst, Rentnerinnen und Rentner um ihre Lebensleistung gebracht werden oder der Klimawandel voran schreitet.

In Frankreich machen Gelbwesten vor, wie sich Menschen jenseits von Parteien gegen einen Präsidenten der Reichen erheben. Sahra Wagenknecht hat hierzu eine Botschaft an Euch, am Kanzleramt prangte unsere gelbe Weste und Aufstehen München hat dazu eine schöne Aktion gestartet.

Wir wollen im Jahr 2019 soziale Proteste auf die Straße und vor das Kanzleramt bringen sowie gemeinsam ein Regierungsprogramm der Bevölkerung erarbeiten.

Wir werden über unser Programm und unsere Pläne für Proteste abstimmen lassen und eine Plattform entwickeln, die uns unabhängig von Facebook macht. Es wird auch ein größeres Treffen der Mitstreiterinnen und Mitstreiter organisiert, damit wir gemeinsam über die Zukunft unserer Bewegung diskutieren können. Denn wir sind mittlerweile fast 170.000 Unterstützerinnen und Unterstützer in 180 Ortsgruppen.

*Der mutmachende Jahresauftakt am 13. Januar im KOSMOS in Berlin lässt sich nachträglich ansehen. Im Anschluss war jedoch ein*

## **Offener Brief an die Fernsehredaktionen von ARD (rbb) und ZDF (Berlin-direkt)**

*nötig.*

15.1.2019

Wie der Zufall so spielt, gab es in unmittelbarem Anschluss an den "ausverkauften", mit unserem Führungspersonal äußerst harmonisch durchgeführten Jahresauftakt der Bundestagsfraktion und nach einer umjubelten Abschlussrede von Sahra Wagenknecht gleich zwei etwa gleichzeitige, gleichgeifernde Beiträge in ARD und ZDF. Darum schreiben wir hier gleichlautend an die zuständigen Redaktionen von ARD und ZDF.

Es mag Sie ja wütend machen, aus welchen Quellen auch immer, erfahren haben zu müssen, dass sich die Linke in ihren wesentlichen Gremien in den allermeisten Fragen umfanglich auf große Konsensualität - und dies auch ins äußere Erscheinungsbild zu bringen - geeinigt hat. Innerlinken Streit mögen Sie mehr.



Gleichwohl sollte Sie Ihr Ärger nicht dazu verleiten, so hasserfüllt tief unter die journalistischen Standards greifend Ihren Frust an Sahra Wagenknecht auszulassen. Sie waren sich am 13.1. abends nicht einmal zu schade:

- die Frisur von Sahra Wagenknecht in den politischen Fokus zu rücken,
- dazu mit dem Wort "nationalsozial" zu hantieren und
- einen sogenannten Historiker Piper mit Fernsehwerbezeit für sein Buch zu locken, wenn dieser nur bitte in esoterischen Spekulationen davon fantasierte, was Rosa Luxemburg heute anderes als Sahra Wagenknecht gedacht oder nicht gedacht haben würde.

So sah sich Herr Piper via posthumer Seeleneinblicke ausreichend zur Aussage qualifiziert, Rosa Luxemburg hätte nie, wie Sahra Wagenknecht, in einer Gelbweste vor dem Kanzler-Sitz für Frieden, bessere Löhne und Renten protestiert. Irrtümlich scheinen Sie, sowie der von Ihnen verwendete "Historiker", sich öffentlich in der Nachfolge der ermordeten Rosa Luxemburg zu wännen, bzw. verkaufen zu wollen. Mit Ihren Beiträgen hingegen haben Sie sich eher in die Tradition jener Kräfte gerückt, die seit dem Hotel "Eden" vor 100 Jahren jeden Protest jedes Linken gegen jeden deutschen Kanzler "zu mindern" versucht haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

**Dr. Diether Dehm** (MdB Die Linke), **Dr. Alexander Neu** (MdB Die Linke), **Zaklin Nastic** (MdB Die Linke), **Jochem Visser** (Partei Vorstand Die Linke, Berlin), **Dr. Alexander King** (Linke-Bezirksvorsitzender Berlin Tempelhof-Schöneberg)





## Schlusssichter des Jahresauftakts unserer Bundestagstraktion

mit zentralen Aussagen, die Appetit machen die komplette Aufzeichnung anzusehen:

<https://www.facebook.com/linksfraktion/videos/1165249643636625/>

Und weitere Videos vom Jahresauftakt:

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLG4aoPhmPo8WygucpOGP7PfTnPVAjZ1X>

\*\*\*

## Vor- oder Endgeschichte

7.1.2019

Großen Dank für die Veröffentlichung (von [Widerspruch und Dialektik](#)) und für die Brillanz an den Autor Wolfgang Fritz Haug. Allerdings sitzt sein Brillant noch locker in der historischen Fassung, solange auf den zwei jW-Seiten von der Produktivkraftentwicklung keinerlei konkretisierende Rede ist. Denn auch das Verhältnis des empirischen (tradeunistischen) zum entfalten ("revolutionären") Klassenbewusstsein unterliegt der Materialität von Geschichte. Das eine mehrt und nährt sich aus dem anderen, und das andere drängt das eine zu inneren Widersprüchen – und damit zu neuen theoretischen Qualitäten. Werktätiges Alltagsbewusstsein basiert zunächst organisch – außer auf religiösen, nationalen, politisch-organisierenden und anderen Einflüssen – auf industrieller Technikentwicklung. Und auf nationalen Erfolgen und Rückschlägen im Lohnkampf.

Hingegen legt die Lektüre z. B. nahe, die "Revolution von 1917 potenzierte ... den Marxschen Annahmen diametral (?) entgegengesetzt ... Distanz": aber als reine Disputation zwischen Ideen von Lenin, Gramsci, Kun, Stalin und Lukács. Jedoch bestand das materiell Besondere an "den Bedingungen ... im Widerspruch zur Marxschen Theorie": a) in der kleinen Menge = ein paar Hunderttausend Proletarier(innen) von über 125 Millionen in Russland bei 86 Prozent Landbevölkerung; b) der kleinbäuerlich folkloristischen Prägung, die die meisten Jungarbeiter in die kriegstechnisch frischgebauten Industriezentren um Petrograd und Moskau mitgebracht hatten; c) im fürchterlich depressiven Jahrzehnt nach der nachhaltigen Niederschmetterung der politischen Streiks von 1905. Unter diesen Bedingungen mussten die Bolschewiki, um das Kriegsgemetzel zu beenden, eine "Revolution gegen das Kapital" (Gramsci) machen.

Haug sieht uns heute noch in der "Vorgeschichte des Marxismus". Wenden wir uns aber nicht bald mit Marx und Engels sowie Leninscher Eigenwilligkeit dem empirischen Alltagsbewusstsein in der Arbeitskraftverkäufer(innen)-Klasse und im Kleinbürgertum zu (unter Bedingungen von "Industrie 4.0"), kann es gleichzeitig die Endgeschichte des Marxismus werden!

Diether Dehm, Hannover

Veröffentlicht in der [jungen Welt am 28.12.2018](#).

Gedanken zur täglichen Politik auch hier: <https://www.diether-dehm.de/index.php/home/presse/1278-die-meinungsfuehrerschaft-erkaempfen>

\*\*\*

## **Berufungsverfahren für den in den USA inhaftierten Mumia Abu-Jamal darf nicht verhindert werden!**

16. Januar

Heute im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in wieweit diese, wie in vielen anderen internationalen Fällen von Inhaftierungen von Schriftstellern (z.B. In der Türkei, Russland etc.) üblich, motivierenden Einfluss darauf nehmen könnte, damit im Fall von Mumia Abu-Jamal der Bezirksstaatsanwalt von Philadelphia, Larry Keasner, keinen Einspruch gegen das durch Richter Leon Tucker (aufgrund geänderter Gesetzesgrundlage) zugelassene Berufungsverfahren einlegt.

Bundesaußenminister Heiko Maas, früher Justizminister, wusste mit dem Namen "Mumia Abu-Jamal" nichts anzufangen und erachtete diesen als einen im Ausland inhaftierten Deutschen. Dies lässt nicht unbedingt auf defizitäre Allgemeinbildung schließen, sondern kann möglicherweise auch auf selektive Nicht-Rezeption von Medienlektüre zurückzuführen sein. In jedem Falle bittet der Abgeordnete das Außenministerium, sich der Sache doch anzunehmen, auch damit die möglicherweise durch Unwissen geprägte Lapidarität der Antwort in der heutigen Befragung vergessen werden kann.

... im Bundestag:

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE): Sie haben auf die Verfolgung von Kulturschaffenden hingewiesen und auch erwähnt, dass wir in diesem Unterausschuss in dieser Frage in einem einzigartigen humanistischen Konsens operieren, der so in anderen Ausschüssen wünschenswert wäre. Deswegen meine Frage zu einem Inhaftierten in den USA: Es handelt sich um den Schriftsteller Mumia Abu-Jamal, der seit 37 Jahren für einen angeblichen Polizistenmord im Gefängnis sitzt. Viele Zeugen haben schon ausgesagt, dass er diesen unmöglich begangen haben kann. Er selbst hat die Tat auch immer bestritten. Nun hat der Oberste Richter Leon Tucker endlich einem Berufungsverfahren zugestimmt.

(Alexander Graf Lambsdorff (FDP): Tagesordnung? Das hat mit dem Thema nichts zu tun!)

Jetzt wird aber ein ziemlicher Druck auf den Bezirksanwalt Larry Krasner in Philadelphia ausgeübt mit dem Ziel, dass er dieses Berufungsverfahren stoppt und blockiert. Könnten Sie sich vorstellen, dass Sie als Person, aber auch als Minister dieser Bundesregierung motivieren und helfen, dass dieses Berufungsverfahren auf den Weg kommt und Larry Krasner nicht Einspruch gegen das Berufungsverfahren einlegt? Nähere Informationen - das will ich noch sagen -: in "Neues Deutschland", "junge Welt", Weltnetz.TV.

\*\*\*

**Appell an die Presse und Öffentlichkeit – Solidarität mit Leyla**

— ..

## Güven

Leyla Güven, die Co-Vorsitzende vom Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK) und Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus der Provinz Hakkari, befindet sich seit dem 7. November 2018 im Hungerstreik. Den Hungerstreik, den sie im Gefängnis in Diyarbakir gestartet hat, führt sie auch nach ihrer Haftentlassung vom 25. Januar 2019 fort.

Der Gesundheitszustand von Frau Güven, die sich im 84. Tag des Hungerstreikes befindet, ist in einer kritischen Phase angelangt. Sie fordert einen Friedensprozess und damit verbunden die Aufhebung der Isolation gegen Herrn Abdullah Öcalan. Viele Politiker\*innen und Vertreter\*innen von Zivilorganisationen, Künstler\*innen und hunderte politische Inhaftierte, unter denen auch Selma Irmak und Sebahat Tuncel, teilen die Forderungen. Sie befinden sich ebenfalls im Hungerstreik. So hat sich der Hungerstreik in verschiedene Städte europaweit ausgebreitet: von Diyarbakir, Erbil bis London und Straßburg.

Abdullah Öcalan wird seit Juli 2011 der Kontakt zu seinen Anwäl\*innen verwehrt. Seit April 2015 werden keine Besuche mehr von Politikern genehmigt. Die harte Isolationshaft und der Kriegszustand in der Türkei kann nicht voneinander getrennt betrachtet werden. In Zeiten, in denen Kontakte zu Herrn Öcalan ermöglicht wurden, gab es keine Kriegstoten, während mit Beginn der Isolation wieder die Gefechte begonnen haben. Leyla Güven hat beim Beginn des Hungerstreiks genau darauf hingewiesen und erklärt, dass sie dem Frieden dienen möchte. Ihre Forderungen stoßen nicht nur national, sondern auch international, insbesondere beim Europarat, auf Zuspruch. Zuletzt haben insgesamt 50 Nobelpreisträger in einem gemeinsamen offenen Brief sich mit Leyla Güven solidarisiert. Erdogan ignoriert jedoch die Forderungen von Leyla Güven.

Wir, die Unterzeichner\*innen dieses Appells möchten ein Ende der Gewalt und die Aufhebung der Isolation von Öcalan. Dazu rufen wir die Zuständigen der EU, das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter (CPT), die UN, die internationalen Menschenrechtsorganisationen, die Medien, die deutsche Regierung und Opposition zum Handeln in dieser Angelegenheit auf.

\*\*\*

## Termine

30. Januar, 12 Uhr

am 25. Januar 2019 ist die **HDP-Abgeordnete Leyla Güven** unter Auflagen aus dem Gefängnis freigelassen worden.

Seitdem setzt sie ihren **Hungerstreik** Zuhause fort. Die Unterstützer\*innen, insbesondere Vertreter der HDP werden am 30. Januar 2019, ab 12 Uhr, vor dem Bundeskanzleramt eine öffentliche Erklärung dazu abgeben.

---

30. Januar, 17 Uhr

**Protestkundgebung** anlässlich der Krise und eines **drohenden Krieges/einer drohenden**

**militärischen Intervention in Venezuela** zur Protestkundgebung am Pariser  
Platz/Brandenburger Tor

Aufrufer/innen:

DKP Berlin, FG BRD-Kuba Regionalgruppe Berlin, Cuba Si, FBK Freundschaftsgesellschaft  
Berlin-Kuba e.V., Karen e.V., Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft, Netzwerk Cuba, DieLinke  
Tempelhof-Schöneberg, Coordinador Alemania PCChile, Chile- Freundschaftsgesellschaft  
Salvador Allende e. V., Red de Solidaridad Patria Grande Berlin, Alemania

---

1. Februar 2019

### **Protest gegen das Scheitern des INF/Aktion zur Rettung des INF-Vertrages**

Veranstalter u.a. ICAN, IPPNW, DFG-VK und die Kampagne "Büchel ist überall!"

Ablauf in Berlin, Freitag, 1. Februar 2019:

- 10.30 Uhr Treffen der Aktivist\*innen
- 11.00 Uhr Beginn der Aktion vor der US-Botschaft in Berlin (Pariser Platz  
2):Straßentheater-Aktion "Rettet den INF-Vertrag!" (zum Mitmachen)
- ab ca. 11.30 Uhr Beginn der Aktion vor der russischen Botschaft in Berlin (Unter den  
Linden 63-65)Straßentheater-Aktion "Rettet den INF-Vertrag!" (zum Mitmachen)

---

### **"Streikkonferenz" - Aus unseren Kämpfen lernen**

Freitag, 15. Februar 2019 bis Sonntag, 17. Februar 2019

Technische Universität Braunschweig, Bienroder Weg 84, 38106 Braunschweig

Streiks auswerten, Strategien entwickeln, politischer werden. 4. Konferenz gewerkschaftliche  
Erneuerung.

\*\*\*

---

Lest und stärkt alternative Medien !

[Weltnetz.tv](http://Weltnetz.tv)

[NachDenkSeiten](#)

[Rationalgalerie](#)

---

Dr. Diether Dehm MdB  
MdB-Büro von Dr. Diether Dehm  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: (030) 22773085

Telefax: (030) 22776087

E-Mail: [diether.dehm@bundestag.de](mailto:diether.dehm@bundestag.de)



Share

Tweet

+1

